

Thorner Zeitung

Nr. 283

Dienstag, den 3. Dezember

1901

Deutscher Reichstag.

101. Sitzung am Sonnabend 30. November 1901.

Am Tische des Bundesraths Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky.

Das Haus ist schwach besucht.

Präsident Graf Ballerstrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Fortsetzung der 2. Beratung der Seemannsordnung.

§ 41 wird angenommen.

Zu § 43 (Auszahlung der Heuer) befürwortet Abg. Stockmann (Np.) einen Antrag, welcher dem Seemannsamt die gebührenfreie Übermittlung der Heuer an Angehörige des betreffenden Schiffsmanns oder an Sparkassen etc. ausserlegt. Die durch die Übermittlung entstehenden baren Auslagen sollen nur, insofern der Schiffsmann ein Deutscher ist, von dem Krediter getragen werden.

Unter-Staatssekretär Roth glaubt nicht, daß gegen den Antrag von Seiten der Regierung etwas eingewendet wird.

Abg. Mezger (Soz.) spricht sich gegen den zweiten Theil des „Regierungsantrages“ Stockmann aus.

Präsident Graf Ballerstrem: Es sei doch nicht statthaft, die Anträge von Abgeordneten „Regierungs“-Anträge zu nennen. In diesem Falle sei es ja harmlos, in anderen Fällen könnte es aber weniger harmlos sein. (Heiterkeit.)

Von dem Antrag Stockmann wird hierauf der erste Theil (Einschreibung des Wortes „gebührenfrei“) angenommen.

Zu § 44 „Zahlungen an Schiffssleute“ befürwortet

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) den Antrag Albrecht, welcher den Paragraphen so fassen will: „Alle Zahlungen an Schiffssleute müssen nach Wahl derselben entweder in bar oder mittelst einer auf den Krediter ausgestellten unbedingten, auf Sicht zahlbaren Anweisung geleistet werden.“

Abg. Kirch (Ctr.): Dem Missbrauch, der mit Anweisungen getrieben werden könnte, werde bereits durch den Vorschlag der Kommission genügend entgegengesetzt.

Abg. Frese (fr. Bg.) schließt sich dem an.

Es folgen weitere Bemerkungen der Abg. Schwart-Lübeck (Soz.) und Dr. Herzfeld (Soz.) sowie des Referenten.

Hierauf wird der Antrag Albrecht abgelehnt.

§ 45 schreibt die Anlegung eines Rechnungsbuches vor Amttritt der Reise vor, in welches die verdiente Heuer, der Lohn für Überstunden, sowie alle Vorschuss- und Abschlagszahlungen einzutragen und vom Schiffsmann zu quittieren sind. Der Überstundenlohn soll spätestens bis zum jedesmaligen Verlassen des Hafens vermerkt werden. Ferner soll dem Schiffsmann auf sein Verlangen ein Heuerbuch übergeben werden, in welchem dieselben Angaben, wie im Rechnungsbuch vermerkt sind, und aus welchem bei der Abmusterung das Gesamtmittel zu berechnen ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag Albrecht verlangt, für die Worte „spätestens bis zum jedesmaligen Verlassen des Hafens“, zu sagen „spätestens am Tage nach dem jedesmaligen Verlassen des Hafens“.

Ein anderer sozialdemokratischer Antrag verlangt die Beseitigung des zweiten Absatzes, nach welchem den Schiffssleuten ein Heuerbuch nur auf Verlangen übergeben werden soll. Endlich wünscht ein sozialdemokratischer Antrag Dr. Herzfeld, daß bei Zahlungen in fremder Währung auch der zu Grunde gelegte Kurs in das Heuerbuch eingetragen werde.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Die Anlegung eines Heuerbuches sei für alle Schiffssleute notwendig, damit diese eventuell ihr Recht geltend machen können.

Unterstaatssekretär Roth erklärt, man müsse annehmen, daß ein Schiffsmann, der ein Heuerbuch nicht ausdrücklich verlangt, kein Interesse daran habe. Wer das Buch aber auf seinen Wunsch erhalten habe, der werde um so sorgfältiger damit umgehen. Redner erkennt den sozialdemokratischen Antrag, für die Worte „spätestens bis zum jedesmaligen Verlassen des Hafens“ als eine Verbesserung an. Dieser Antrag wird angenommen, die anderen sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Nach § 46 liegt dem Kapitän die Pflicht ob, wenn sich die Zahl der Mannschaften während der Reise vermindert, sie zu ergänzen, oder die während der Fahrt erwartete Heuer unter derjenigen Schiffssleuten, welchen eine Mehrarbeit erwächst, zu verteilen.

Ein sozialdemokratischer Antrag Albrecht will den zweiten Theil dieses Paragraphen beseitigen, nach welchem dem Kapitän diese Pflicht nicht

obliegt, wenn die Verminderung der Mannschaft in einer Entwicklung von Schiffssleuten ihren Grund hat und die Sachen der Entwickelten nicht zurückgehend sind.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Mezger (Soz.) schließt sich ihm an und verweist auf einige spezielle Fälle, in welchen die Zustände auf Schiffen so untrüglich waren, daß der größte Theil der Mannschaften desertierte. Es seien nicht die schlechtesten Schiffssleute, die fortlaufen. Viele erhalten auf englischen Schiffen sogar eine höhere Stellung.

Hanseatischer Ministerresident Dr. Klügmann: Der Vorredner wird uns nicht davon überzeugen, daß auf deutschen Schiffen die Mannschaften durchschnittlich schlechter behandelt werden, als auf denjenigen anderer Nationen.

Abg. Semler (Nat.) protestiert ebenfalls gegen die Aussführungen Mezgers. Nach den Darstellungen der Krediteuren liegen die Sachen sehr anders. Die deutschen Krediteure gehen nicht darauf aus, sich auf Kosten der Schiffssleute zu berelhern. Das sind Verdächtigungen.

Zweiter Vizepräsident Büsing: Sie dürfen nicht Abgeordnete vorwerfen, daß sie andere verbünden.

Abg. Mezger (Soz.) Das infolge von Mißhandlungen Desertion vorgekommen ist, sei auf dem Seearm festgestellt worden.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Semler und Raab werden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

§ 46a wird mit einem unerheblichen Antrag Kirsch (Ctr.) angenommen.

Zu § 47 wird ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt.

§ 48 wird angenommen.

Zu § 49 befürwortet Abg. Schwarz-Lübeck einen Antrag Albrecht, wonach dem Schiffsmann Befreiung gebühren soll bis zur Abmusterung, und wenn diese ohne Verzögerung der Kredite unausführbar ist, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses.

Der Antrag wird angenommen.

§ 50 handelt von einem angemessenen Logiraum für Schiffssleute. Hierzu liegt ein sozialdemokratischer Antrag vor, der den Anspruch auf ein genügendes Logis eventuell über die Abmusterung hinaus bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses ausdehnt.

Der sozialdemokratische Antrag wird zu Gunsten eines gleichlautenden Antrages Kirch zurückgezogen. Der Antrag Kirsch wird angenommen.

§ 51 handelt von der Verpflegung der Schiffssleute.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) befürwortet einen Antrag Herzfeld betr. Vereinbarung mit farbigen Schiffssleuten über die Verpflegung.

Nach einigen Bemerkungen des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Klügmann wird der Antrag abgelehnt.

Zweiter Vizepräsident Büsing erhebt dem Abg. Mezger wegen eines vorher dem Abg. Semler gegenüber gebrachten beleidigenden Ausspruchs einen Ordnungsruf.

§ 54 handelt von den Kosten der Verpflegung und Heilbehandlung der Schiffssleute. Diese Verpflichtung erstreckt sich u. a. bis zum Ablauf von 3 Monaten nach dem Verlassen des Schiffes in einem europäischen Hafen, mit Auschluß eines Hafens der Türkei, des Schwarzen und des Asowschen Meeres. Ein Antrag Albrecht gibt dem sehr umfangreichen Paragraphen eine völlig neue Fassung, mit Änderungen zu Gunsten der Interessen der Schiffssleute. Es liegt ferner ein redaktioneller Antrag und ein Antrag Cahensly vor, welcher die Worte „mit Auschluß eines Hafens der Türkei, des Schwarzen und des Asowschen Meeres“ streichen will. An der Debatte beteiligen sich die Abg. Mezger, Cahensly, Stockmann, Herzfeld.

Geb. Ober-Regierungs-Rath Donquieres kämpft den sozialdemokratischen Antrag. Er erkennt vollkommen an, daß die Seemannsordnung in ihren Leistungen nicht zurückbleiben darf hinter dem Krankenversicherungsgesetz, aber auch nur nicht innerhalb dieses. Sollte sich hieran später etwas ändern, so wird das auch zu Konsequenzen für die Seemannsordnung führen. Jetzt können wir dies bei unseren Entschließungen noch nicht berücksichtigen. Er bestreitet, daß der Abg. Herzfeld das Verhältnis der bisherigen Vorschriften und der neu vorgeschlagenen ganz richtig wiedergegeben hat.

Es sei unrichtig, wenn er erklärt, daß die alte Seemannsordnung grundsätzlich die Verpflichtung des Kreditors für 6 Monate und nur ausnahmsweise für 3 Monate feststellt. Auch hier sei unter vier Fällen zweimal gesagt „drei Monat“ und zweimal „6 Monat“. Man könnte also das

Welche Ausgaben müssen jedem Deutschen im Durchschnitt alljährlich mindestens erwachsen?

	Mk.
Heerwesen	12
Marine	39
Unterricht	5
Schuldenbürg.	850
Sonstiges	60
Porto, Telegrame	7
Gütertransport	20
Eisenbahnsfahrten	9
Wohnungsmiete	192
Brot { Roggen	144,5 Kg
Weizen	89,8 Kg
Kartoffeln	581 Kg
Fleisch	39 Kg
Butter, Schmalz	18 Kg
Bier	124,9 Liter
Es entfallen somit auf jeden Deutschen im Jahre mindestens	Mk 520
Antwort Paul Dr. Horrebohm, Berlin, N 0 53	

Beispielnde Statistik der jedem Deutschen erwachsenden Minimalausgaben im Jahre kann natürlich keinen Anspruch auf erschöpfende Darstellung des Themas erheben. Sie soll eben nur die Hauptähnlichsten Punkte klarstellen. Es wäre auch verkehrt, anzunehmen, daß diese Aufstellung auf jeden Einzelnen zutreffen müßte, und daß jemand ein Anrecht darauf hätte, für die einzelnen Positionen nicht mehr auszugeben, wie dieser Statistik nach auf seinen Kopf entfällt. Die Statistik gleicht nur an, wie sich die verschledensten Ausgaben auf den einzelnen Mann durchschnittlich verteilen. Die Abgaben an Staat und Commune belaufen sich demnach auf 84 Mark, machen also nach Abrechnung der Wohnungsmiete etwa den vierten Theil aller sonstigen Ausgaben aus. Die Wohnungsmiete dürfte mit dem Durchschnittsjahrs von 192 Mark dem Großstädte etwas gering erscheinen. Er darf aber nicht vergessen, daß in den kleinen Ortschaften die Preise wesentlich niedriger sind. Auch die zahllosen freien Wohnungen haben diesen Satz sehr herabgedrückt. Was die Post anbelangt, so schreibt jeder Deutsche in der Woche mindestens

einen Brief, und kann dann im Jahre noch drei Telegramme aufgeben, ehe er sein Conto überschreiten hat. Auf der Eisenbahn verfährt er im Jahre neun Mark, worüber sich auch mancher wundern dürfte, der sie nur aus Bildern kennt, und darüber, daß er im Jahre für 20 Mr. Beinhaltungen an seinen Frei beim Militär schicken soll, wird mancher Vater nicht erbaut sein. Was die Zahlen für die Lebensmittel betrifft, so ist mit diesen noch nicht einmal gesagt, daß der Betreffende alles dieses selber verzehren muß, er darf hier von seinen Viehbestand ernähren, ganz gleich, ob er sich nur eine Kugel hält oder einen Bauernhof besitzt. Nun über den Biergenuss ist er sich selber Rechenschaft schuldig, denn den Theilt mit ihm kein Hausthier. Da wird mancher eine Freude haben, wenn er liest, daß ihm im Jahre 124,9 Liter Bier zustehen und die 25 Mark spürt er ja nicht, die gehen so ganz bei kleinem in Zehnpfennigstücke fort, so sachte, daß er es kaum merkt, wenn die Endsumme aller Ausgaben dadurch schließlich auf 250 Mark gebracht wird.

Prinzip nicht auf 6 Monat festnageln. Redner bittet, als Regel eine 3monatliche Fürsorge aufzustellen. „Was die Entscheidung des Seemannsamtes betrifft, so müssen Sie doch schließlich zu irgend einer Behörde Vertrauen haben. Können Sie uns etwas besseres sagen, so wollen wir es gern acceptiren, Sie werden aber kaum etwas Besseres finden.“

Ein Schlusenantrag wird hierauf angenommen. Nächste Sitzung Montag Mittag 1 Uhr. — Tagesordnung: Erste Beratung des Entwurfs eines Holztarifgesetzes.

(Schluß der Sitzung nach 5 Uhr.)

Thorner Nachrichten.

Thor, den 2. Dezember 1901.

— [Veränderung bei der Post.] Vom 1. Dezember ab wird die Ortschaft Nusdorf aus dem Landestellbezirk des Postamts in Schönsee (Westpr.) 1 in denjenigen der Postagentur in Rynsk und die Ortschaft Lebendorf aus dem Landestellbezirk der Postagentur in Rynsk in denjenigen des Postamts in Schönsee (Westpr.) 1 verlegt.

[Erledigte Schulstellen.] Stelle an der Volksschule zu Brülowen, Kreis Culm, evangel. (Meldungen an Kreisschulinspektor Dr. Seehausen.) — Stelle zu Briesnitz, Kreis Schlesien, evangelisch. (Kreisschulinspektor Lettau zu Schlochau) — Stelle zu Biedewitz, Kreis Dt. Krone, evangelisch. (Kreisschulinspektor Treichel zu Dt. Krone.) — Stelle zu Zechendorf, Kreis Dt. Krone, evangel. (Kreisschulinspektor Treichel zu Dt. Krone.)

[Kleinbahn Culmsee-Meslno.] Am 20. Dezember findet im Rathause zu Culmsee eine Sitzung des Aufsichtsrates statt, in welcher über den Beitritt der Kleinbahn-Aktiengesellschaft zur Pensionsklasse für Beamte deutscher Privat-Eisenbahnen, sowie über den Beitritt zum Gast-

pflichtverbande deutscher Eisenbahn- und Kleinbahnverwaltungen beschlossen und ein Bericht des Vorstandes über den Vermögensbestand entgegenommen werden wird.

„[Die Holzindustrie] leider unter den günstigen Zeitverhältnissen recht bedeutend. Wir wissen das von dem großen Krach in Ullst, von der Pleite einer großen Reihe von Holzgeschäften und Schnellemühlen, von dem Tieflande der Holzpreise, die bei den Werkstätten in den großen staatlichen und privaten Forsten nicht einmal die Toze erreichen, und wir erfahren es jetzt von der Direktion der Aktiengesellschaft Holzindustrie Hermann Schütz in Czernowitz. Die Direktion heißt nämlich auf Anfragen mit, daß sie augenblicklich noch zu sehr mit den Abschlußarbeiten beschäftigt und nicht in der Lage ist, eine genaue Angabe über die auf das abgelaufene Jahr entfallende Dividende zu geben. Sollte unter den heutigen, unter der Ungunst leidenden Verhältnissen überhaupt eine Dividende abfallen, so werde dieselbe sehr klein werden. Für das vorangegangene Jahr wurden 8 Proz. Dividende vertheilt.

[Der neue Provinzial-Schulrat in Danzig.] Regierungs- und Schulrat Dr. Hartmut Wolffgarten, wurde am 22. März 1845 zu Weizgarten bei Einkirchen geboren und erwarb sich nach Abschluß seiner Studien am 19. Dezember 1898 zu Bonn mit einer Abhandlung aus dem Gebiete der klassischen Philologie den philosophischen Doktorgrad. Nachdem er in verschiedenen Stellen des höheren Schulamtes gewirkt hatte, wurde er 1892 zum Direktor des Schulreihen-Seminars in Elten ernannt. 1897 wurde er als Kreisschulinspektor nach Crefeld für den dortigen Stadtkreis berufen. Im nächsten Jahre zum Regierungs- und Schulrat ernannt, kam er 1900 zur Regierung nach Arnsberg. Er ist Ritter des Eisernen Kreuzes.

